

Bericht über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses Frauenverbandsarbeit der Evangelischen Frauen in Württemberg (EFW)

21.07.2015

Der Hebammenverband war eingeladen worden, auf der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses Frauenverbandsarbeit der Evangelischen Frauen in Württemberg (EFW) die Situation des Hebammenberufes zu schildern. Darüber hinaus konnten wir ein Statement abgeben über die Zukunft des Hebammenberufs und der Natürlichen Geburt.

Danke an die Veranstalterin Lore Raudonat (Referat Frauenverbandsarbeit EFW)

An dieser Stelle auch danke an die Kolleginnen, die so zahlreich erschienen sind: Wir haben dadurch sehr deutlich gemacht, wie wichtig uns die Unterstützung von Seiten der Politik, der Verbände und anderer öffentlicher Institutionen ist!

„Die aktuellen Rahmenbedingungen, die in den vergangenen Jahrzehnten stattgefundene und erzwungene Veränderung des Berufsbildes sowie die heutige Einstellung in weiten Teilen der Gesellschaft zu Schwangerschaft und Geburt bedrohen den Berufsstand der Hebammen. Diskussionen um hohe Beiträge zu Haftpflichtversicherungen oder Proteste bei Schließungen von Geburtsabteilungen in Krankenhäusern zeigen einen Informations- und dringenden Handlungsbedarf auf. Es geht nicht um interne Probleme eines Berufsstandes, sondern um eine radikale Veränderung in unserer Gesellschaft. Geburtshilfe, verstanden im weitesten Sinne als Übergang in die Elternschaft, darf nicht politischen, wirtschaftlichen oder medizinischen Interessen geopfert werden.“ So lautete der Einladungstext. Eine sehr gute Zusammenfassung, wie wir finden.

Als 1. Vorsitzende des Hebammenverbandes Baden-Württemberg hatte ich Gelegenheit, unsere Beobachtungen von den 1960er Jahren bis heute aufzuzeigen und Forderungen des Hebammenverbandes zu benennen.

Aus ihren Erfahrungen in PUA (Fachstelle für Information, Aufklärung, Beratung zu Pränataldiagnostik / Reproduktionsmedizin) der Diakonie Württemberg hat die Fachstellenleiterin Claudia Heinkel berichtet und ihre Sichtweise auf das Thema deutlich beleuchtet.

Im Anschluss daran kam es zu einer regen Diskussion mit den Delegierten und es wurde deutlich, dass beide Vortragsinhalte, so sehr sie auch miteinander zusammenhängen, jeweils für sich genommen von großer Bedeutung sind. Die Beteiligten waren sich einig, dass es eine Angelegenheit ist, die wirklich alle angeht.

Eine gemeinsame Stellungnahme, eine Pressemitteilung oder eine andere Form der Verlautbarung ist geplant. Alle Beteiligten bleiben miteinander im Kontakt.

Jutta Eichenauer